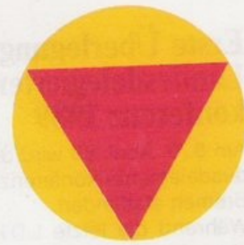
DER BREMER ANTIFASCHIST



11/88

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

50. JAHRESTAG DER REICHSPROGROMNACHT

„ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT"
Veranstaltungskalender Bremen

Ende September 1988 hat die Landeszentrale für politische Bildung in Bremen einen eindrucksvollen Veranstaltungskalender zu den verschiedenen Aktivitäten anläßlich des 50. Jahrestages der Reichsprogromnacht, herausgegeben.

...hr als 50 Veranstalter, darunter Jugendverbände, Bürgerhäuser, Parteien, Schulen etc. verweisen hierin auf ihre jeweiligen Beiträge zu diesem Jahrestag. Kaum irgendwo in der BRD werden von September bis Dezember soviele Veranstaltungen zur Reichsprogromnacht durchgeführt. Sowohl die Quantität als auch die Qualität (einige gehen sogar über mehrere Tage) geben Aufschluß über das gewachsene Interesse sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Der Titel des Kalenders „Erinnern für die Zukunft" weist außerdem auf die Tragweite dieser Veranstaltungen: man will sich mit den damaligen Ereignissen auseinandersetzen um daraus für die Gestaltung der Zukunft zu lernen. Das Themenspektrum reicht von den historichen Bedingungen, die Antisemitismus und Faschismus möglich machten, bis zu den neuesten ...rkenntnissen über die aktuellen Gefahren, die vom Neofaschismus ausgehen.

Es fällt schwer einige Veranstaltungen aus dem Kalender hervorzuheben, sie wenden sich an unterschiedliche Zielgruppen und auch der Blickwinkel, aus dem die Reichsprogromnacht betrachtet wird, ist verschieden. Wir verweisen deshalb auf den Kalender selbst, der im VVN-Büro erhältlich ist. Wenn wir trotzdem auf einige Publikationen und Veranstaltungen hinweisen, dann aus dem Grund, daß wir sie für grundlegend wichtig halten. Dies sind zum einen die 3 Publikationen (Wir schritten durch die schweigende Stadt", „Die Reichskristallnacht in Bremen" und die Materialien für Weiterbildungsträger zum Thema „Judenverfolgung in Bremen"), die Grundlage für viele Veranstaltungen sein können/werden, und zum anderen den Abend im Rathaus, veranstaltet am 10.11. vom Bremer Senat, von der Israelitischen Gemeinde und der evangelischen und katholischen Kirche, und den Gedenkgang für Schüler von der Dechanatstraße bis nach Oslebshausen (siehe extra Kasten). Wir wünschen allen Veranstaltern eine große Resonanz bei der Durchführung ihrer Aktivitäten.

Es wäre begrüßenswert, wenn die Landeszentrale nach Ablauf der Veranstaltungsreihe alle Träger zu einem Auswertungsgespräch einladen würde, bei dem die verschiedenen Ergebnisse und Erfahrungen ausgetauscht werden. Im Hinblick auf die nächsten Jahrestage im Jahre 1989 (40 Jahre BRD, 50. Jahrestag zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges) und die mögliche Kandidatur der Neofaschisten bei der Europawahl könnte mit solch einem Auswertungsgespräch ein Impuls für die weitere gemeinsame Arbeit der unterschiedlichen Kräfte gegeben werden. Auch bei der bundesweiten antifaschistischen Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus am 28. und 29. Januar 1989 könnten die Erfahrungen der Veranstaltungsreihe einfließen. Bremen zeigt damit einmal mehr, daß diese Aktionskonferenz nicht nur hier durchgeführt wird, weil hier erstmals seit Jahrzehnten wieder Neofaschisten in der Bürgerschaft sitzen, sondern vor allem weil es hier eine gewachsene antifaschistische Bewegung gibt!

Wir schritten durch eine schweigende Stadt

Gedenktag zum 50. Jahrestag des Fußmarsches jüdischer Jungen und Männer am Tage nach der Reichsprogromnacht 1938 vom Alten Gymnasium zum Gefängnis in Oslebshausen.

Am 10.11. werden Bremer SchülerInnen mit einem Gedenkmarsch an den Tag erinnert, an dem jüdische Jungen und Männer in Bremen zum Gefängnis in Oslebshausen getrieben wurden und von dort weiter zum KZ Sachsenhausen. Die meisten von Ihnen würden nie zurückkommen in ihre Heimatstadt Bremen!

Der Gedenkmarsch wird 8.30 Uhr an der Dechantstraße von Senator H.W. Franke eröffnet. Nachdem er durch die Bremer Innenstadt, Utbremen, Walle, Gröpelingen und Oslebshausen gezogen ist, wird er mit einer Ansprache durch Senator V. Kröning am Gefängnis in Oslebshausen abgeschlossen.

Schulklassen, die den Gang (oder nur einen Teilabschnitt) mitmachen wollen oder die sich in Form von Kranzniederlegungen, musikalischen Darbietungen oder Informationstafeln beteiligen wollen, können sich beim „Bündnis Reichsprogromnacht" im VVN-Büro anmelden. Hier ist auch ein Flugblatt mit weiteren Hinweisen erhältlich.

ALS DIE NAZIS DIE KOMMUNISTEN HOLTEN,
HABE ICH GESCHWIEGEN;
ICH WAR JA KEIN KOMMUNIST.
ALS SIE DIE SOZIALDEMOKRATEN EINSPERRTEN,
HABE ICH GESCHWIEGEN;
ICH WAR JA KEIN SOZIALDEMOKRAT.
ALS SIE DIE KATHOLIKEN HOLTEN,
HABE ICH NICHT PROTESTIERT;
ICH WAR JA KEIN KATHOLIK.
ALS SIE MICH HOLTEN, GAB ES KEINEN MEHR
DER PROTESTIEREN KONNTE.

Martin Niemöller, ehem. Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, 1938-1945 in KZ-Haft

Erste Überlegungen zur Landesdelegiertenkonferenz 1989

Am 8./9. April '89 wird die nächste Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA in Bremen stattfinden.
Während die letzte L.D.K. ganz im Zeichen der 40 Jahrfeier der VVN im Bremer Rathaus stand, wird die nächste von mehreren Terminen und deren Inhalten „eingerahmt": Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit, Europa-Wahl, 40 Jahre BRD, 50. Jahrestag des Anfangs vom Zweiten Weltkrieg. Wie werden wir als VVN-BdA diese Termine einbetten in unserer mittel- und langfristigen Strategie eines „antifaschistischen Bremen"? Wie soll dieses Bremen überhaupt aussehen? Welche Rolle spielen wir selbst in dem Entstehungsprozeß und wie werden wir von anderen dabei wahrgenommen?
Der BAF möchte diese Debatte bereits jetzt, 5 Monate vor der L.D.K., eröffnen und zwar mit einer Reihe von Thesen. Sie wurden im Auftrage des Landesvorstandes von der Redaktionsgruppe – Willy Hundertmark, John Gerardu und Volker Homburg – erarbeitet.
Wir fordern die anderen Mitglieder im Lande Bremen auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Der BAF wird in den nächsten Monaten weitere Stellungnahmen veröffentlichen. Diese sollen die Diskussion in den einzelnen Gruppen nicht ersetzen, sondern sie beleben und fördern.
Im weiteren Verlauf der Diskussion sollen auch FreundInnen und Bündnispartner um Stellungnahmen gebeten werden.

DIE REDAKTION BITTET ALLE LESERINNEN UM ENTSCHULDIGUNG FÜR DIE VERSPÄTE ZUSTELLUNG DES BAF!

Antifaschistische Politikentwicklung und VVN-Bund der Antifaschisten Thesen der BAF-Redaktion

1. Umbruchperiode neues Politikverständnis

Wir stehen in einer Umbruchperiode. Die globalen Probleme schlagen in das alltägliche Bewußtsein durch. Das Erkennen der Probleme führt zu vielfältigen politischen und sozialen Bewegungen. Veränderungen in der Politik von UDSSR und USA lassen Ansätze neuer politischer Möglichkeiten z.B. im Bereich der Friedenssicherung sichtbar werden. Im Prozeß der politischen Auseinandersetzungen entwickelt sich die Friedenswegung von einer „Weg mit" Strategie zu einer Bewegung auf der Suche nach einer realen Vision zur Gestaltung einer friedlichen Zukunft.

2. Aufklärungstabus durchbrochen

Für die antifaschistische Bewegung stellen sich politische Fragen ebenfalls anders oder neu. Das jahrzehntelange Denk- und Aufklärungstabu über Faschismus und Widerstand ist gebrochen. Die Veranstaltungen anläßlich des 9. November sind ein vielfaches Beispiel dafür. Not und Elend, Leiden und Hoffen der Opfer werden thematisiert. Die Verbrechen, die Täter, die Tathintergründe und Ursachen werden aufgezeigt.

Obwohl sich 1978 viele tausend Menschen in mehreren Städten an Schweigemärschen und Gedenkveranstaltungen zur „Reichskristallnacht" beteiligten, war vor zehn Jahren ein Programm, wie es dies für 1988 in Bremen gibt, nicht vorstellbar. Völlig überraschend war 1978 die große Teilnahme an einem Schweigemarsch in Bremen. Sie war befreiender Ausdruck der Betroffenheit über die bislang unbekannte verdrängte Geschichte – über das jahrzehntelange Verschweigen. Vom jahrzehntelangen Verschweigen der Hintergründe der Reichspogromnacht hat sich die Auseinandersetzung zum gesellschaftspolitischen "Erinnern für die Zukunft" entwickelt.

3. Antifaschistische Politik entwickeln

Die antifaschistische Bewegung steht heute, wie alle Bewegungen, vor dem Problem und der Aufgabe, einen Zukunftsentwurf zu entwickeln und Möglichkeiten seiner Verwirklichung aufzuzeigen. Es reicht nicht mehr aus, Appelle in die politische Auseinandersetzung einzubringen. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen und Grundsätze für eine antifaschistische Bundesrepublik durchzusetzen.

Das 40. Jahr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland könnte Beginn eines politischen Umbruchprozesses werden, in dessen Verlauf sich neue Chancen zur Verwirklichung von antifaschistischen Forderungen aus den Jahren 1945 bis 1949 entwickeln können.

4. Gesellschaftliche Anerkennung des antifaschistischen Widerstandes und der VVN-BdA

Die politische Situation hat sich für die VVN-BdA und die demokratische Bewegung grundlegend verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik und in der Geschichte der VVN-Bund der Antifaschisten erfolgt parallel zur öffentlichen Würdigung und Anerkennung der Leistungen des antifaschistischen Widerstandes ein schrittweises öffentliches Anerkenntnis der VVN-Bund der Antifaschisten. Die Rede von Bundespräsident von Weizsäcker am 9. Mai 1985 im Bundestag und die Ansprache von Bürgermeister Henning Scherf anläßlich der 40 Jahrfeier der VVN-Bund der Antifaschisten 1987 im Rathaus können als Ausdruck dieser Veränderung gewertet werden:

> *„Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutsche[n] Widerstandes, des bürgerlichen, de[s] militärischen und des glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaftern, des Widerstandes der Kommunisten. Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen."*
>
> Bundespräsident von Weizsäcker, 8. Mai 1985

> *"Wir müssen mit den Betroffenen des Naziterrors und neuen Minderheiten eine Erneuerung des antifaschistischen Bündnisses für unsere Tage zustandebringen. Das mag pathetisch klingen, an die Historie von 1933 bis 1945 zu erinnern, aber aus den Fehlern der Geschichte vor dem Faschismus sollten wir lernen. Dazu möchte ich gern mit der VVN meinen Teil beitra[gen]."*
>
> Bürgermeister Henning Scherf, 13.3.1987

Für die VVN-Bund der Antifaschisten verändern sich daraus die politischen Anforderungen. Es geht jetzt nicht mehr allein darum, um für das Anerkenntnis des Widerstandes und die Rehabilitierung der VVN-BdA zu kämpfen, sondern es geht darum, vor dem Hintergrund dieses sich durchsetzenden politischen und moralischen Anerkenntnisses neue Akzente in der politischen Auseinandersetzung zu setzen.

5. Antifaschismus und organisierter Antifaschismus

Die VVN-BdA war einmal eine Organisation, die allein Antifaschismus zum zentralen Thema erhoben hat. Sie ist heute eine Organisation unter vielen, die sich diesem Thema widmen. Der Prozeß dahin war und ist von der VVN-BdA mitgeprägt. In diesen antifaschistischen Bewegungen werden in vielfältiger Weise von Initiativen bis hinzu wissenschaftlichen Ein-

richtungen antifaschistische Fragestellungen aufbereitet und diskutiert und in die öffentliche Auseinandersetzung hineingetragen. Politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und viele andere Institutionen haben sich antifaschistischer Themen angenommen. Die VVN-Bund der Antifaschisten bringt in diese Auseinandersetzung gesammelte historisch-politische Lebenserfahrungen und organisatorische Kontinuität mit ein. Sie steht vor dem Problem, bei der Vielfalt von aufgeworfenen gesellschaftlichen Fragestellungen und existierenden Bewegungen sich politisch auf zentrale antifaschistische Anliegen konzentrieren zu müssen. Die Herausarbeitung dieser zentralen antifaschistischen Anliegen wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit für die VVN-Bund der Antifaschisten.

6. Neue Chancen und Stagnation

Das allgemein gesellschaftlich gewachsene Interesse an antifaschistischen Fragestellungen hat nicht unmittelbar Auswirkungen gehabt auf die organisatorische Weiterentwicklung der VVN-Bund der Antifaschisten. Es wurden viele neue Mitglieder für die VVN-BdA gewonnen. Trotzdem stagniert die Mitgliederbewegung seit einigen Jahren. Viele Menschen sind aus politisch-moralischer Solidarität Mitglied in der VVN-BdA geworden. Sie sind aber als Antifaschisten in anderen politischen Zusammenhängen aktiv. Viele neu eingetretene Mitglieder, vor allem auch junge Menschen, sind aus spontanen oder auch grundsätzlichen Überlegungen zur VVN-BdA gekommen, haben dann aber keinen Zugang zu der konkreten politischen Arbeit der VVN-BdA gewinnen können und sind deshalb wieder ausgetreten. Anders ausgedrückt: Wir haben innerhalb der Organisation nicht genügend ein politisches Klima entwickelt, was für diese Menschen interessant und attraktiv gewesen wäre. Als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes haben wir einen hohen Anteil älterer KameradInnen, deren Tod ständig ausgeglichen werden muß.

7. Veränderungen der Anforderungen

Jahrestage wie der 9. November machen einmal mehr das hohe Ansehen der VVN-Bund der Antifaschisten deutlich. Vielfältigste Anfragen und Anforderungen konkreter Hilfestellungen werden an die VVN-BdA von Schulen, Gewerkschaftsgruppen, Kirchengemeinden und vielen Einzelpersonen gestellt. Man erwartet von der VVN-BdA die Vermittlung von ZeitzeugInnen. Viele alte Kameradinnen und Kameraden leisten in diesen Tagen unbeschreibliche und in ihrem Wert nicht hoch genug einzuschätzende aufopferungsvolle antifaschistische Aufklärungsarbeit.

In zweiter Linie wünscht man sich von der VVN-BdA Unterrichtshilfe, Hilfe zur Gestaltung von Bildungsseminaren und die Durchführung von antifaschistischen Stadtrundgängen. Die Anfragen in diesem Bereich der Anforderungen nehmen besonders zu solchen Anlässen in nicht zu bewältigendem Umfang zu. Es ist eher sogar so, daß die VVN-BdA in diesem Bereich der Anforderungen weniger Kapazitäten zur Verfügung hat.

Inzwischen haben sich andere gesellschaftliche Institutionen herausgebildet, die sich in verstärktem Maße z.T. mit erheblichem finanziellem und personellem Aufwand der Erforschung und Vermittlung antifaschistischer Themenstellungen angenommen haben. Sie führen eigenständig vielfältigste Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen dazu durch.

Im Verlauf der letzten Jahre sind zunehmend endlich die Forderungen nach Entschädigung für die Zwangsarbeiter und Wiedergutmachung für die vergessenen Opfer, Fragen zur Nachkriegsgeschichte und weitere Probleme auf die Tagesordnung gesetzt worden. Es wird verstärkt eine Antwort auf Jugendprobleme und Jugendgemäße antifaschistische Arbeit eingefordert. Neue und differenzierte Bewertungen des Konservatismus und der Wendepolitik sind notwendig. In der politischen Alltagspraxis steht die VVN-BdA vor Problemen der Einschätzung des Neofaschismus und des Übergangsbereichs vom Neofaschismus zum Konservatismus. Fragen des Zusammenhanges von Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit sind zu beantworten. Zum Problem des Rassismus im Allgemeinen und im Alltag muß Stellung bezogen werden. Dieses sind nur einzelne Stichworte, die den Umfang neuer Fragen, die an die VVN gestellt werden, verdeutlichen sollen.

Die VVN-Bund der Antifaschisten steht in dem wechselvollen Anforderungsdruck, einerseits selber Aktionsbereitschaft von der antifaschistischen Öffentlichkeit zu erwarten und einzufordern, und andererseits selber diesem Erwartungsdruck zunehmend durch Teile der antifaschistischen Bewegung ausgesetzt zu sein.

Zunehmende neofaschistische Aktionen erhöhen diesen Anforderungsdruck. Dieser Hinweis verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit, für die VVN-BdA eine sehr genaue Zielbestimmung und Schwerpunktsetzung ihrer Arbeit vornehmen zu müssen.

8. Strukturveränderung der VVN

In der Zeit des kalten Krieges und noch bis in die 70er Jahre hinein erforderte antifaschistisches Engagement **besonders** als Mitglied der VVN – einer Organisation, die als kommunistisch unterwandert verteufelt wurde – grundsätzliche politische Vorentscheidungen des Einzelnen, zumal Repressalien am Arbeitsplatz durch dieses Engagement nicht ausgeschlossen werden konnten. Vor diesem Hintergrund waren Treffen und Mitgliederversammlungen der VVN-Bund der Antifaschisten Orte der gemeinsamen Grundübereinstimmung und der solidarischen Suche nach Möglichkeiten, Projekte in anderen Bereichen durchzusetzen. Heute, in einer Situation, wo vielfältigste Möglichkeiten antifaschistischer Betätigung in sehr unterschiedlichen Organisationen bestehen, stellt sich die Frage nach Aufgabe und Bedeutung innerorganisatorischer Treffen und Mitgliederversammlungen neu.

Der Kreis der aktiven ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder ist in den letzten Jahren gesunken und gestiegen. Einerseits sind viele ältere KameradInnen für aktuelle Arbeiten ausgefallen. Trotz aller in These 6 erwähnten Schwierigkeiten sind aber viele neue jüngere Mitglieder aktiv in die VVN-Arbeit eingestiegen. Dieser Veränderungsprozeß beinhaltet den Verlust wichtiger politischer und Lebenserfahrungen innerhalb der VVN-BdA und stellt andererseits auch einen Gewinn neuer politischer und Lebenserfahrungen aus den 60er und 70er Jahren der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik dar. Diese Veränderungen des politischen Erfahrungshintergrundes innerhalb der Mitgliedschaft der VVN-BdA muß bei der Entwicklung der VVN-Arbeit berücksichtigt werden.

Unter Einbeziehung der Überlegungen aus These 6 entstehen für die VVN-BdA daraus ganz neue und erhöhte Anforderungen an die Attraktivität des politischen Organisationslebens.

9. Materielle Ausstattung

Den veränderten Anforderungen an Qualität, Aktionsorientierung und Vermittlung der Arbeit ist die VVN ausgesetzt, ohne daß sich die materielle Ausstattung der Organisation wesentlich verändert hat. Es stehen nur relativ geringe Mittel zur technischen Ausstattung des Büros zur Verfügung. Es gibt unverändert seit Jahrzehnten in Bremen eine Kraft mit der Funktion des Landessekretärs – sie wurde bis 1983 ehrenamtlich durch Rentner ausgefüllt und seitdem durch Anstellung einer hauptamtlichen Person. Durch AB Stellen wurden Arbeitsfelder kurzfristig besetzt, erweitert und vertieft. Ein Projekt wurde dadurch teilweise realisiert. Der Abschluß des Projektes ist abhängig von einer Weiterbewilligung der AB-Mittel. Gleichzeitig wurden Kräfte durch Verwalltungstätigkeiten gebunden, die für die organisatorische und finanzielle Abwicklung dieser AB Stellen notwendig sind.

10. Die Diskussion ist eröffnet

Wir wenden uns hiermit an die Mitglieder der VVN-BdA und fordern alle auf, sich an der Diskussion zur Entwicklung antifaschistischer Politik im Lande Bremen zu beteiligen.

1. Woran würdest Du ein antifaschistisches Bremen messen und welche Forderungen müßten in einem Land Bremen, das sich antifaschistisch nennt, politisch umgesetzt werden?
2. Welche Rolle hat die VVN-BdA bis jetzt für Dich in der antifaschistischen Bewegung gespielt und welche sollte sie zukünftig spielen?
3. Weitere Anregungen sind willkommen.

Dem Jahr 1989 entgegen!

Nach unserem Bundeskongreß 1987 haben wir uns immer wieder die Entwicklung einer antifaschistischen Bundesrepublik, eines antifaschistischen Bremen als nächstes Ziel gestellt. Wie die Aktivitäten um den 9. November 88 wieder beweisen, herrscht im Lande Bremen ein antifaschistisches Klima. Mehr als 60 Aktivitäten unterschiedlichster Initiativen, Kirchen, Parteien, Senat und Bürgerschaft werden zu den Verbrechen des Naziregimes öffentlich Stellung nehmen. Projekttage an den Schulen, die Teilnahme an der Nachvollziehung des Marsches der jüdischen Männer vom 10. November 1938 zum ehemaligen Zuchthaus Oslebshausen werden eine breite Öffentlichkeit in das Gedenken an die Opfer des Holocaust einbeziehen, das antifaschistische Klima noch deutlicher zum Ausdruck bringen. Diese Tatsache macht Mut, die Lösung der Aufgaben, die 1989 erfüllt werden sollen, mit unserem historischen Optimismus vorzubereiten.

Da ist die bundesweite antifaschistische Konferenz zur Europawahl am 28./29. Januar 1989 in Bremen, sind 40 Jahre Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Westmächte am 8. und durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949 sowie die Konstituierung des Bundestages mit der Wahl Adenauers. Da sind die historischen Fakten aufzuarbeiten, die zum letzten Weltkrieg führten. Dazu wollen wir im April 1989 unsere Landesdelegiertenkonferenz durchführen. Diese Konferenz steht nicht im Widerspruch zu den gestellten Aufgaben. Im Gegenteil, die Aussprache um die gestellten Aufgaben, um das Für und Wider in der Argumentation wir unsere Mitgliederzusammenkünfte lebhafter gestalten. Die solidarische Auseinandersetzung wird neue Anregungen produzieren. So soll auch dieser Beitrag anregen, daß sich viele Kameradinnen und Kameraden an der Aussprache im BAF beteiligen. So könnte die Einschätzung des verstorbenen SPD Genossen Hans Dieter Müller am 4. Februar 1986 am Ehrenmal für die gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik ein Ausgangspunkt sein. Er führte damals aus:

„An dem mißlungenen Widerstand gegen den Krieg ist 1914 die deutsche Arbeiterbewegung zerbrochen. Daß in der Revolution 1918 und 1919, noch weniger in den trügerischen Friedensjahren danach, nicht wieder zur Gemeinsamkeit zurückfand, ist eine Tragödie durch die der 2. Weltkrieg möglich wurde. … Erst als Sozialdemokraten und Kommunisten in Hitlers Konzentrationslagern zusammen saßen, haben sie wieder begriffen, was eigentlich gemeinsames Ziel … hätte sein müssen: ein friedliches Deutschland. …"
(zitiert nach „bremer hefte zur Geschichte und Bildung" Nr. 1, S. 14)

Und genau diese Erkenntnisse waren die Grundlage für die Gründung der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus am 28. April 1945. Im Antifaschismus waren 1945 noch Kräfte eingeschlossen, die zu den Frauen und Männern des 20. Juli 1944 standen. Wie die Ordnung gestaltet werden sollte, davon ist die Bremische Landesverfassung noch ein überzeugendes Dokument.

40 Jahre Bundesrepublik sind keine Jahre einer Erfüllung der Bremischen, ja noch nicht einmal des Bonner Grundgesetzes. Aber die Bundesregierung will im Mai, nach der Wahl des Bundespräsidenten, in einem Festakt ihre Leistungen, den Wohlstand lobpreisen, trotz Massenarbeitslosigkeit, neuem Elend, neuer Wohnungsnot, trotz des geplanten Abbaus der sozialen Leistungen, die in den Jahren der Hochkonjunktur erkämpft wurden.

Nun leben wir in Bremen, in dem Land, in dem es eingestandenermaßen ein antifaschistisches Klima gibt, in dem der Senatspräsident den Neonazis das Betreten des Rathauses verbietet, der die CDU-Regierung in Rheinland-Pfalz anmahnt, die unmenschlichen Berufsverbote nicht mehr zu praktizieren und die Betroffenen zu rehabilitieren wie den Lehrer Ulrich Foltz. Da gibt es den Senator H.W. Franke, der seit Jahren die Schulen in die antifaschistische Aufklärung einbezieht, unter deren Verantwortung heute im Lande Bremen die Kunst im öffentlichen Raum antifaschistisch geprägt ist. Aber gleichzeitig ist dieses Land keine Insel, sondern ein Teil der Bundesrepublik. Als Land nicht nur mit einer sozialdemokratischen Regierung, sondern auch mit einer langen Arbeiter- und damit auch antifaschistischen Tradition wird es nicht immer von Bonn mit Mitteln und Aufträgen ausgestattet. Und da hat man oft den Eindruck, daß Regierung und Parlament nicht optimal regieren oder handeln. Eine solidarische Kritik wird neue Voraussetzungen für ein antifaschistisches Bremen erarbeiten. Natürlich wird vieles davon abhängen, wie schnell in Bremen wie im ganzen Bundesgebiet die Entwicklung vorankommt. Die Aktivitäten um den 9. November 1988 sind ein Ausdruck des gewachsenen Bewußtseins.

Das mögen erst einmal einige Anregungen sein für die Vorbereitungen der vor uns stehenden Aufgaben. Je offensiver wir herangehen, desto erfolgreicher und vor allem wegweisender wird unsere Landesdelegiertenkonferenz im April sein.

Willy Hundertmark

Dialog-Politik fortsetzen

Am 24. Oktober 1988 begann in New-York die 43. Vollversammlung der Vereinten-Nationen. Das wird nun seit 43 Jahren alljährlich vollzogen, weil am 24. Oktober 1945 die UNO-Charta verkündet wurde. Aber warum ist diese 43. Vollversammlung so etwas besonderes, das unsere kleine „Zeitung" davon berichtet? Nun eben „nur" darum, weil

1. mit dem 24.10.88 eine Woche der Abrüstung weltweit beginnt, die unter dem Motto steht: Das Klima der Aussöhnung müsse weiter entwickelt, bestehende und neu entstehende Konflikte dürfen nur noch durch Dialoge gelöst werden. Dazu erklärte der UNO-Generalsekretär, die Freunde und Förderer der UNO und ihrer Dialogpolitik könnten auf die erzielten Erfolge stolz sein. Und weil
2. Keine Zeitung, noch nicht einmal der „W.K." (der doch schon einmal Positives von der UNO berichtet) und auch kein Fernseh-Nachricht verkündete dies für das Überleben der Menschheit so wichtige Nachricht. Schade.

W.H.



Herzliche Glückwünsche

unseren Kameradinnen und Kameraden, die im November ihren Geburtstag feiern:

Marta Stehmann	03.11., 85 Jahre
Alma Müller	17.11., 73 Jahre
Elisabeth Sittig	19.11., 61 Jahre
Wilma Swejka	20.11., 62 Jahre
Hedwig Buch	21.11., 77 Jahre
Ella Schneider	21.11., 80 Jahre
Adolf Böhler	26.11., 75 Jahre
Marga Neste	28.11., 77 Jahre
Wilhelm Lenz	28.11., 86 Jahre

Die Frauen von Obernheide

Am 30.August 1988 wurde in Obernheide / Stuhr ein Mahnmal der Öffentlichkeit übergeben. Zur Einweihung sprach der Gemeindedirektor zu den 300 Teilnehmern. Nachfolgende Auszüge aus seiner Ansprache:

„Der Rat der Gemeinde Stuhr hat am 04.11.1987 beschlossen, auf dem Gelände des ehemaligen Außenlagers des KZ Neuengamme bei Hamburg ein Mahnmal zu errichten. Das ist nicht zuletzt der Verdienst eines Bürgers der Gemeinde Stuhr, Dr. Hartmut Müller, Leiter des Staatsarchivs Bremen.

Als er 1983 im Auftrage des Senats der Freien Hansestadt Bremen die Geschichte der Stadt im Dritten Reich recherchierte, stieß er auf Unterlagen über jenes Lager, das so nahe bei seiner Wohnung gewesen war.
Immer mehr interessierte er sich nicht nur beruflich, sondern auch privat und schließlich auch kommunalpolitisch für das, was dort geschehen war.

Das Konzentrationslager in Obenheide war der Erinnerung der Menschen in Stuhr seit 1945 entrückt. Es ist ja auch nichts Sichtbares zurückgeblieben, was die Menschen in der Gemeinde hätte mahnen können, ... sich mit diesem schrecklichen Kapitel deutscher Geschichte hier unmittelbar vor Ort auseinanderzusetzen.

Die Briten haben dafür gesorgt, daß hier an diesem Platz seit 1945 wieder friedlich Kühe grasen und Heu geerntet wird. Als sie kurz vor Kriegsende auf Bremen vorstießen, haben sie das Lager in Brand geschossen.
Sichtbare Spuren sind nicht zurückgeblieben. Die jüdischen Frauen aus Obernheide waren derweil schon auf dem Weg nach Bergen-Belsen, aus dem Nebenzimmer der Hölle direkt in das Inferno, in die totale Vernichtung, wo die Menschlichkeit Ihr Antlitz vollends verloren hatte.
Während in Bergen-Belsen ein Mahnmal die Erinnerung an die Vernichtung und Demütigung jüdischer Menschen wachhält, wäre in Stuhr mit ziemlicher Sicherheit ohne die intensive Forschungsarbeit von Hartmut Müller über die leidige Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes Gras gewachsen. Man hätte sie vergessen, verdrängt, relativiert. Die nachfolgenden Generationen hätten nichts davon erfahren und sich damit nicht auseinandersetzen können.

Als die SPD-Fraktion im Gemeinderat am 01.03.1986 einen Antrag an den Rat einbrachte, in Obernheide ein Mahnmal zu errichten, mußten die Kommunalpolitiker zur Kenntnis nehmen, daß der Schatten des dunkelsten und schrecklichsten Kapitels der Geschichte unseres Vaterlandes bis in die Gemeinde Stuhr reicht. Plötzlich war der einzelne Kommunalpolitiker ganz persönlich und politisch gefordert, seine Meinung zur jüngsten Vergangenheit zu äußern und durch die Teilnahme an der Abstimmung kundzutun. Es war ein schwieriger und mühsamer Entscheidungsprozeß, in dem Äußerungen und Irritationen gegeben hat, die mich ganz persönlich mit tiefer Scham erfüllt haben.

'Wir sollten aus einer Nebensache keine Hauptsache machen' war eine solche Äußerung. Aber was kann denn sonst noch Hauptsache sein, wenn man nicht wenigstens bereit ist, sich der Leiden und physischen wie psychischen Qualen erinnern zu wollen, die 800 jüdische Frauen aus Polen und Ungarn hier erlitten haben und von denen einige hier durch die unmenschliche Behandlung der Schergen Hitlers gestorben sind.

Wir müssen hier in Stuhr, einer 1945 noch kleinen Landgemeinde, zur Kenntnis nehmen, daß die Verbrechen Adolf Eichmanns von Budapest über Auschwitz bis in unsere engere Heimat vorgedrungen sind. Ungarn sei nun judenrein, soll er Mitte 1945 stolz an Hitler berichtet haben.

Er ließ die ungarischen Juden nach Auschwitz deportieren. An der Rampe dieses Vernichtungslagers sahen viele ihre Angehörigen zum letzten Mal. Nur die kräftigsten von ihnen wurden für Arbeitseinsätze aussortiert. Für sie eine Chance, ein wenig länger zu leben, wenn man das überhaupt 'Leben' nennen konnte. So kamen 500 junge jüdische Frauen aus Ungarn nach Obernheide, wie später 300 junge Mädchen und Frauen aus Polen, die zuvor jahrelang im Getto von Lodz dahinvegitierten, um dann in die Vernichtungslager deportiert zu werden.

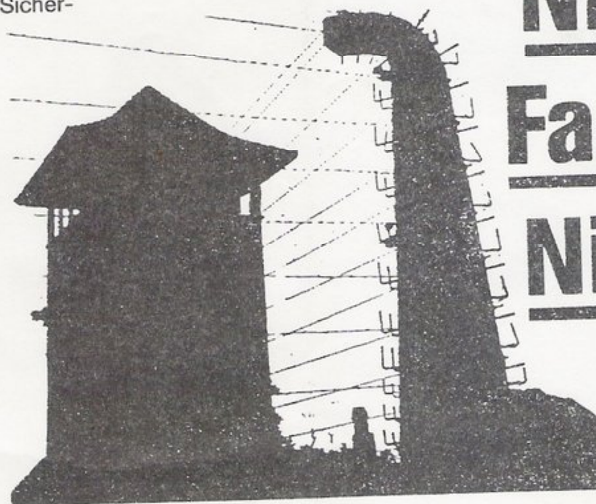
Als die ungarischen Frauen am 01. August 1944 auf Anforderung des Senators für das Bauwesen nach Bremen kamen, marschierten sie vom Neustadtsbahnhof schon in eine zerbombte Stadt zur Hindenburgkaserne, wo sie in die Boxen der Pferdeställe gepfercht wurden.

Am 26.9.1944 überlebten sie während einer Bombardierung die Zerstörung der Kaserne, weil sie im Arbeitseinsatz waren, schutzlos, versteht sich. Das Betreten eines Schutzbunkers war ihnen verboten.

Von diesen Frauen von Obernheide leben noch 323 in vielen Ländern der Erde. Einige wenige von ihnen sind heute stellvertretend zum Teil mit ihren Angehörigen unter uns. Sie haben ein anderes Deutschland kennengelernt, sind in Bremen, Stuhr und Weyhe in Familien aufgenommen und freundschaftlich empfangen worden.
Heute richten sie nicht und klagen uns auch nicht an. Nur eins wollen sie, daß die schreckliche Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät.

So ist auch dieses Mahnmal, dessen Errichtung der Rat der Gemeinde Stuhr mit eine großen Mehrheit aller Fraktionen beschlossen hat, ein Zeichen der Erinnerung für die Frauen, die hier gedemütigt wurden und für die Deutschen, damit nichts verdrängt und vergessen wird.

'Aus Scham darüber, was Menschen im Namen einer Diktatur fähig waren, anderen Menschen anzutun' haben es die Antragsteller 1986 formuliert.
In diesem Sinne symbolisiert dieses Mahnmal auch die Hoffnung und die Zuversicht auf mehr Menschlichkeit und Toleranz zwischen jedem einzelnen, den Rassen und den Völkern. ..."



Nie wieder Faschismus Nie wieder Krieg

Solidaritätsbasar Stephani Gemeinde

Traditionell findet im November wiederum ein Solidaritätsbasar für Vietnam, Chile, Kampuchea, Nicaragua, Südafrika und Namibia statt.
Die Eröffnung des Basars wird am 25. Nov., 20.00 Uhr in der Stephanigemeinde sein. Am 26. November wird er dann von 15.00 – 18.00 Uhr fortgesetzt.
Die VeranstalterInnen bitten noch um Sachspenden, in Form von Büchern, Stricksachen, Kuchen, etc. Geldspenden sind auf das Konto von Fr. Alida Klee, Falkenstraße 37, Bremen zu überweisen (Kto. 1715 796, BLZ 290 501 01 Sparkasse Bremen).

Norddeutsche Friedensbewegung

Demonstration am Donnerstag, 17. 11. in Hamburg. Es fahren Busse ab Bremen, ZOB, Abfahrt 17.00 Uhr. Busfahrkarten für 18,- bis 12,- DM im VVN-Büro erhältlich.
Vom 13. bis 18. November 1988 tagt im Hamburger Rathaus die „Nordatlantische Versammlung", eine Versammlung von Parlamentarier/innen aus den NATO-Ländern. Die Friedensbewegung hat beschlossen, die NATO-Tagung zum Anlaß zu nehmen, für ihre Forderungen nach weiteren Abrüstungsschritten Druck zu machen.

Singekreis Hermann Böse:

Do., 10. Nov., 24. Nov., 1. Dez. um 18.30 Uhr, Bgm.-Deichmann-Str. 26

Termine

Gruppe West:
Mitgliederversammlung 21.11.1988
um 20.00 Uhr, Bgm.-Deichmann-Str. 26
Thema: Rückblick 9. November

Gruppe Ost:
Mitgliederversammlung 23.11.1988
um 19.30 Uhr, Weserterassen

VVN MAHNWACHE MARKTPLATZ
Mittwoch, 7. Dezember, 16.00 - 18.00 Uhr

